

■ Deutschland und das britische Referendum

Sieg für Berlin

Von Arnold Schölzel

Wahlen können historische Bedeutung haben. Das Votum für einen EU-Austritt von 52 Prozent der Teilnehmer am britischen Referendum zählt dazu. Die Krise des Staatenkonstrukts, die Kluft zwischen Regierenden und Regierten liegt so offen zutage wie selten zuvor. Die EU wurde seit 1990 zum wichtigsten Instrument im Kampf von internationaler Finanzoligarchie und Industriekapital zur Aushebelung der parlamentarischen Demokratie. Eine Legitimation in der Bevölkerung hat sie spätestens seit dem Nein bei den Referenden Frankreichs und der Niederlande 2005 zum sogenannten Verfassungsvertrag und der damals gezeigten souveränen Verachtung für den Willen nicht mehr.

Die Diktatur der Finanzoligarchen bleibt von einem Ergebnis wie dem vom Donnerstag fast unberührt. Der größte Investmentfonds der Welt, Blackrock, ließ am Freitag erklären, der EU-Austritt »ändert nichts am Umgang mit Investitionen und Kunden in Europa«. Das Votum werde zwar für »eine lange Periode der Unsicherheit in Politik, Wirtschaft und an den Märkten« sorgen, andererseits eröffneten sich neue »Möglichkeiten«. Das ist zwar Spekulantensprech, die realen Wirtschaftsströme zwischen Großbritannien und den übrigen EU-Staaten dürften allerdings tatsächlich kaum berührt werden. Von Grenzen lässt sich das Großkapital wenig beeindrucken, siehe Norwegen und Schweiz.

Unmittelbar betroffen von dem Ausscheiden ist der »polnische Klempner«, den schon der Front National in Frankreich als Symbol

für Lohndrückerei und die Verdrängung einheimischer Arbeiter für seine soziale Demagogie nutzte. Das britische Referendum wurde, wie der *Morning Star* formulierte, »von Rechten einberufen«. Dementsprechend rassistisch war deren Kampagne. Es gab dennoch sehr gute Gründe dafür, dass Sozialisten und Kommunisten für den EU-Austritt stimmten. Ein wichtiges Hindernis für mehr Demokratie unter kapitalistischen Verhältnissen wurde aus dem Weg geräumt.

Strategisch gesehen ist das Referendumsergebnis ein Sieg für Berlin, zumindest ein weiterer Schritt hin zur Stärkung des deutschen Imperialismus in der EU und darüber hinaus. Mit Großbritannien verlässt eine Nuklearmacht die EU, gleichzeitig kündigt Angela Merkel an, die deutschen Rüstungsausgaben nicht nur auf die von der NATO geforderten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, sondern an die 3,4 Prozent der USA anzunähern. Das geschieht zu einem Zeitpunkt, da die Hamburger *Zeit* ankündigt, auf dem Warschauer NATO-Gipfel am 8. und 9. Juli werde das Thema Atomwaffen »nach oben rücken«. Die »Abschreckung«, also die westliche Angriffsstrategie, wird wieder offiziell Doktrin. Auch in Großbritannien, einer – wie Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien zeigen – der aggressivsten imperialistischen Mächte der Gegenwart. Den Willen des Kriegspaktes zur Welt Herrschaft hat das Referendum nicht geändert, nach gegenwärtigem Stand der Dinge könnte es ihn sogar befördert haben. Die Deutschen rüsten jedenfalls ökonomisch und militärisch verstärkt auf.

■ »Demokratischer Sozialist« des Tages

Bernie Sanders



weiterhin manche NATO-Einsätze für gerechtfertigt. »Bomber-Bernie«, diesen Spitznamen hatten ihm enttäuschte linke Weggefährten verpasst. Für Euphorie war bei diesem Kandidaten genauso wenig Raum und Berechtigung wie weiland bei Barack Obama.

Was bleibt? Vielleicht eine schmale Schneise für künftige linke Politik. Vielleicht aber auch nur das Quäntchen geborgte Fundamentalkritik, das Clinton gut wird brauchen können, um gegen einen sozialdemagogischen Donald Trump zu bestehen. Erst Sanders hat Clinton gezwungen, soziale Themen aufzugreifen. Umsetzen wird sie all das natürlich niemals. Trump neigt zwar verbal zum dritten Weltkrieg. Clinton hingegen hat schon bewiesen, dass sie Kriege führen kann – und will. Ebola oder Anthrax also. Feel the Hillary.

Gewonnen hat Clinton, von der es bei Youtube, dem Anlass entsprechend, einen sage und schreibe zehnstündigen Zusammenschnitt mit hysterischem Gelächter anzuschauen gibt. Verloren haben Zehntausende junge Menschen, die sich hinter Sanders gestellt hatten – und die nun die Gelackmeierten sind. (st)

■ <https://youtu.be/orYcAlFqkNU>

»Ich bin froh über jede Kamera, die weg ist«

In Hannover wurde gegen Polizeiüberwachung geklagt. Ein Teilerfolg. Ein Gespräch mit Michael Ebeling

Sie haben gegen die Videoüberwachung der Polizeidirektion Hannover im öffentlichen Raum geklagt. Wie hat das Verwaltungsgericht entschieden?

Das Land Niedersachsen muss im Bereich der Polizeidirektion Hannover 55 von 77 aktiven Überwachungskameras abschalten. Eine weitere in der Nähe des Messegeländes wurde bereits vor der Verhandlung deaktiviert. Von den 22 Geräten, die das Gericht billigt, dienen sieben dem Objektschutz vor dem türkischen Konsulat, der jüdischen Gemeinde sowie dem Landtag und Ministerien, vier hängen an Verkehrsknotenpunkten und elf an Standorten, bei denen laut Polizei eine erhöhte Menge an Straftaten registriert wird und angeblich ein Abschreckungseffekt besteht. Alle Kameras haben ein technisches Niveau, das die Beobachtung und Aufzeichnung von Personen und Aktivitäten durch Heranzoomen und Schwenken erlaubt. Als Rechtsgrundlage soll der Paragraph 32 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung herhalten.

Sind Sie mit dem Urteil zufrieden? Ich bin froh über jede Kamera, die weg ist. Insofern spüre ich schon eine gewisse Genugtuung, nachdem wir jahrelang mit unserer Kritik nicht ernst genommen worden sind. Endlich wurde juristisch festgestellt, dass diese Videoüberwachung ein Problem ist. Lange genug hat es ja auch gedauert. Das Verfahren zog sich über viereinhalb Jahre hin und wurde von der Polizeidirektion immer wieder mit der Begründung verschleppt, irgendwann gäbe es ein neues Polizeigesetz und damit eine neue rechtliche Grundlage. Dann seien meine Einwände hinfällig.

Also ein weitgehender Erfolg?



Michael Ebeling lebt in Hannover und ist Datenschutzaktivist. Er gehört der Gruppe »freiheitsfoo« an, die aus dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung hervorgegangen ist

Nicht so ganz. Ich soll ein Viertel der Kosten tragen. Außerdem besteht die Gefahr eines Schusses nach hinten, denn mit der Begründung, an Orten mit »erhöhter Kriminalität« und »abstrakter Terrorisusgefahr« sei Überwachung erlaubt, lassen sich natürlich auch an vielen anderen Stellen Kameras installieren. Im Innenausschuss hat sich die niedersächsische Landesregierung aus SPD und Grünen das Anbringen neuer Kameras ausdrücklich vorbehalten.

Wird sich die Polizeiführung an das Urteil halten?

Nach Zustellung der schriftlichen Begründung besteht die Möglichkeit, in Berufung zu gehen. Es bleibt abzuwarten, ob sie dies tut. Darüber hinaus ist von einer Übergabe von vielen der 55 abzuschaltenden Kameras an die Verkehrsmanagementzentrale die Rede. Bei der ergäben sich aber genau dieselben rechtlichen Probleme, und bekanntlich darf die Polizei im Zuge der vereinbarten gegenseitigen Hilfe bei

»besonderen Gelegenheiten« auf die Verkehrskameras zugreifen. Außerdem ist noch nicht klar, wie und bis wann die Geräte aus dem Betrieb zu nehmen sind. Da bestehen also durchaus Schlupflöcher und Anlass zu erhöhter Wachsamkeit unsererseits.

Was haben wir von dem erweiterten neuen Polizeigesetz zu erwarten?

Schwer zu sagen. Obwohl bereits seit zwei Jahren ein Entwurf existiert, ist dieser bislang noch nicht öffentlich gemacht worden. Einzig die Polizeiverkschaften und der Datenschutzbeauftragte wurden informiert und haben sich dazu intern schriftlich geäußert, wie man hört.

Was haben Sie als Gruppe »freiheitsfoo« weiter vor?

Erst mal werden wir das schriftliche Urteil abwarten. Wenn es so Bestand hat, ist es eine Chance, weil es Ansatzpunkte für Widerstand gegen viele andere Polizeikameras jenseits von Hannover liefert. Der Gerichtsentscheid hat ohne Frage landesweite Ausstrahlungskraft.

Viele Leute begrüßen zwar solchen Widerstand, haben aber Angst, sich selbst durch Beteiligung daran erst recht staatlicher Überwachung und Verfolgung auszusetzen. Wie sehen Sie das?

Meiner Erfahrung nach bietet gerade Öffentlichkeit und Transparenz des eigenen Tuns einen guten Schutz dagegen. Ansonsten, ja: »Angst essen Seele auf.« Wenn man einen begründeten Verdacht hat, dass man überwacht wird, lohnt sich auf jeden Fall ein schriftliches Auskunftersuchen. Ich habe auf diesem Wege schon mehrfach meine Polizeizeichen eingesehen und klage derzeit auf vollständige Einsicht.

Interview: Andreas Schuchardt

■ Abgeschrieben

Die Kommunistische Partei Britanniens erklärte am Freitag zur »Brexit«-Entscheidung:

Das Ergebnis des Referendums kommt einem gewaltigen und potentiell desorientierenden Schlag gleich, der sich gegen die herrschende kapitalistische Klasse in Britannien, ihre angeheueren Politiker und ihre imperialistischen Verbündeten in der EU, den USA, dem IWF und der NATO richtet. Das Volk hat gesprochen, und sein souveräner Wille gebietet jetzt, dass das Parlament in Westminster seine Entscheidung akzeptiert und umsetzt. Die Linke muss ihre Anstrengungen nun verdoppeln, um das Referendum in eine Niederlage für die gesamte Achse aus EU, IWF und NATO zu verwandeln. (...)

Die Kommunistische Partei vertraut auch nicht darauf, dass eine Tory-Regierung, die von anderen mit dem Großkapital, dem Imperialismus und dem Neoliberalismus verbündeten Parlamentariern wie Boris Johnson, Michael Gove, Liam Fox und Iain Duncan Smith geführt wird, sich dem Druck der City of London (dem Börsenbezirk, JW), den großen Konzernen, der USA und NATO widersetzen, die allesamt Britanniens Austritt aus der EU verhindern wollen.

Wenn eine alternative Regierung keine Mehrheit im Unterhaus zustande bringt, müssen unverzüglich Neuwahlen ausgerufen werden.

Das alles macht es um so wichtiger, dass die Labour-Partei sofort zusichert, das Ergebnis des Referendums zu respektieren und umzusetzen. Desweiteren sollte sie ihre Entschlossenheit erklären, Bedingungen für einen Ausstieg und künftige Verträge mit der EU und anderen Ländern auf Grundlage neuer Arrangements zu verhandeln, die die Interessen der arbeitenden Menschen hierzulande und international vor die des Großkapitals und des kapitalistischen »freien Marktes« stellen. (...)

Wir müssen nun dafür kämpfen sicherzustellen, dass ein Britannien außerhalb der »Festung Europa« seine Freiheit nutzt, Menschen aus aller Welt willkommen zu heißen, um hier zu arbeiten, zu studieren und als sicherer Hafen für Asylbewerber und Flüchtlinge in Europa führend zu sein.

■ Übersetzung: JW

■ Auch der steirische Landesverband der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) kommentierte das britische Referendum:

Das Votum Großbritanniens für einen

EU-Austritt hat deutlich gemacht, dass die Kluft zwischen der Bevölkerungsmehrheit und den wirtschaftlichen Eliten immer größer wird. Immer weniger Menschen glauben, dass positive Veränderungen im Rahmen der EU möglich sind. Vor diesem Hintergrund begrüßt die steirische KPÖ das britische Referendum. Die Menschen werden sich jetzt selbst ein Bild machen können, ob die vorhergesagten Szenarien im Falle eines Austritts tatsächlich eintreten.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben viele Menschen große Hoffnungen verbunden: Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frieden, gemeinsame Umwelt- und Sozialstandards sollten Verbesserungen für alle in den Mitgliedsstaaten bringen. Schon bald zeigte sich aber: Die EU ist ein Vehikel für den neoliberalen Umbau der Gesellschaft.

Die Kluft zwischen den Eliten, die von der EU profitieren, und der Bevölkerung, auf deren Kosten dieser Umbau stattfindet, wird immer größer. Die soziale und politische Krise, die immer weitere Teile der EU umfasst, ist davon nicht zu trennen. Das »Brexit«-Votum ist ein weiterer Ausdruck eines politischen Systems, in dem die Interessen der Mehrheit jenen einer wirtschaftlichen Elite untergeordnet werden. (...)